



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

41. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 29. Januar 1987

Nummer 5

Glied- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2022	7. 1. 1987	Änderung der Betriebssatzung für die Krankenhauszentralwäschereien des Landschaftsverbandes Rheinland	42
2022	7. 1. 1987	Änderung der Betriebssatzung der Rheinischen Landeslinik Langenfeld	42
2030	23. 12. 1986	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über richter- und beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Justizministers	42
	7. 1. 1987	Satzung des Landschaftsverbandes Rheinland über die Zuweisung von Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz an die örtlichen Fürsorgestellen bei den Kreisen, kreisfreien und kreisangehörigen Städten im Rheinland für das Haushaltsjahr 1987 (Ausgleichsabgabesatzung 1987) . .	43
	5. 1. 1987	Bekanntmachung des endgültigen Ergebnisses der Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes zu Düsseldorf gemäß § 59 Abs. 2 der Wahlordnung für die Sozialversicherung in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. 2. 1985 (BGBl. I S. 233), zuletzt geändert durch die Siebte Verordnung zur Änderung der Wahlordnung für die Sozialversicherung vom 10. 7. 1985 (BGBl. I S. 1439)	44
	16. 12. 1986	Genehmigungsurkunde für die Eisenbahn von Osnabrück nach Rheine der Regionalverkehr Münsterland GmbH	46
		Hinweis für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	46

2022

Änderung der Betriebssatzung für die Krankenhauszentralwäschereien des Landschaftsverbandes Rheinland

Vom 7. Januar 1987

Aufgrund von § 6 Abs. 1 und § 7 Abs. 1 Buchst. d) der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1984 (GV. NW. S. 544) hat die Landschaftsversammlung Rheinland am 15. Dezember 1986 folgende Änderung der Betriebssatzung für die Krankenhauszentralwäschereien des Landschaftsverbandes Rheinland vom 18. März 1985 (GV. NW. S. 314) beschlossen:

In § 13 - Wirtschaftsführung und Rechnungswesen - erhält Absatz 4 nachstehende Fassung:

„(4) Jahresabschluß und Jahresbericht sind bis zum 31. Mai des Folgejahres aufzustellen. Der Jahresabschluß ist durch einen Wirtschaftsprüfer zu prüfen.“

Der Vorsitzende
der Landschaftsversammlung

Dr. Wilhelm

Dr. Bietmann

Nacken

Schriftführer
der Landschaftsversammlung Rheinland

Die vorstehende Änderung der Betriebssatzung für die Krankenhauszentralwäschereien des Landschaftsverbandes Rheinland wird gemäß § 6 Abs. 2 der Landschaftsverbandsordnung in der z. Z. geltenden Fassung bekanntgemacht.

Nach § 6 Abs. 3 Landschaftsverbandsordnung kann die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Landschaftsverbandsordnung gegen Satzungen nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- der Direktor des Landschaftsverbandes hat den Beschluß der Landschaftsversammlung vorher beanstandet oder
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Landschaftsverband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet, die den Mangel ergibt.

Köln, den 7. Januar 1987

Der Direktor
des Landschaftsverbandes Rheinland

In Vertretung

Esser

- GV. NW. 1987 S. 42.

2022

Änderung der Betriebssatzung der Rheinischen Landesklinik Langenfeld

Vom 7. Januar 1987

Aufgrund von § 6 Abs. 1 und § 7 Abs. 1 Buchst. d) der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1984 (GV. NW. S. 544) hat die Landschaftsversammlung Rheinland am 15. Dezember 1986 beschlossen, § 4 der Betriebssatzung für die Rheinische Landesklinik Langenfeld vom 19. März 1984 (GV. NW. S. 246) ab 1. Januar 1987 wie folgt neu zu fassen:

Die Klinik wird in folgende Abteilungen gegliedert:

Fachbereich Psychiatrie und Neurologie:
1 Abteilung für Allgemeine Psychiatrie I

- 1 Abteilung für Allgemeine Psychiatrie II
- 1 Abteilung für Allgemeine Psychiatrie III
- 1 Abteilung für Allgemeine Psychiatrie und Neurologie
- 1 Abteilung für Suchtkrankheiten
- 1 Abteilung für Allgemeine Psychiatrie/
Gerontopsychiatrie
- 1 Abteilung für Allgemeine Psychiatrie/Olephrenie.

Der Vorsitzende
der Landschaftsversammlung Rheinland

Dr. Wilhelm

Dr. Bietmann

Nacken

Schriftführer
der Landschaftsversammlung Rheinland

Die vorstehende Änderung der Betriebssatzung der Rheinischen Landesklinik Langenfeld wird gemäß § 6 Abs. 2 Landschaftsverbandsordnung in der z. Z. geltenden Fassung bekanntgemacht.

Nach § 6 Abs. 3 Landschaftsverbandsordnung kann die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Landschaftsverbandsordnung gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- der Direktor des Landschaftsverbandes hat den Beschluß der Landschaftsversammlung vorher beanstandet oder
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Landschaftsverband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Köln, den 7. Januar 1987

Der Direktor
des Landschaftsverbandes Rheinland

In Vertretung

Esser

- GV. NW. 1987 S. 42.

2030

Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über richter- und beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Justizministers

Vom 23. Dezember 1986

Aufgrund des § 3 Abs. 3 und des § 180 Satz 2 des Landesbeamtengesetzes (LBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 (GV. NW. S. 234), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. März 1986 (GV. NW. S. 110), in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Satz 1 des Landesrichtergesetzes (LRiG) vom 29. März 1966 (GV. NW. S. 217), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GV. NW. S. 800), wird für den Geschäftsbereich des Justizministers verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über richter- und beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Justizministers vom 19. November 1982 (GV. NW. S. 757), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. November 1985 (GV. NW. S. 674), wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 1 Nr. 5 werden die Wörter „Mutterschaftsurlaub (§ 5a der Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen im Lande Nordrhein-Westfalen)“ durch die Wörter „Erziehungsurlaub nach der Erziehungsurlaubsverordnung“ ersetzt.
2. In § 4 Abs. 2 wird die Zahl „9“ durch die Zahl „8“ ersetzt.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 23. Dezember 1986

**Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Rolf Krumstiek

- GV. NW. 1987 S. 42.

**Satzung des Landschaftsverbandes Rheinland über
die Zuweisung von Mitteln der Ausgleichsabgabe
nach dem Schwerbehindertengesetz an die
örtlichen Fürsorgestellen bei den Kreisen,
kreisfreien und kreisangehörigen Städten im
Rheinland für das Haushaltsjahr 1967
(Ausgleichsabgabesatzung 1967)**

Vom 7. Januar 1987

Aufgrund des § 6 Abs. 1 und § 7 Buchst. d) der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1984 (GV. NW. S. 544) in Verbindung mit § 12 des Gesetzes zur Durchführung der Kriegsopferfürsorge und des Schwerbehindertengesetzes (DG-KOFSchwBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. April 1977 (GV. NW. S. 218), zuletzt geändert durch drittes Gesetz Funktionalreform vom 28. Juni 1984 (GV. NW. S. 370), hat die Landschaftsversammlung Rheinland am 15. Dezember 1986 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Den örtlichen Fürsorgestellen bei den Kreisen, kreisfreien und kreisangehörigen Städten im Rheinland wird zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 31 Abs. 1 Ziffer 3 des Schwerbehindertengesetzes (in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 1966 - BGBl. I S. 1421) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 4 und 6 der Verordnung zur Übertragung von Aufgaben und Befugnissen nach dem Schwerbehindertengesetz vom 16. Juni 1975, geändert durch Verordnung vom 6. November 1984 (GV. NW. S. 699), für das Jahr 1987 40,85 v. H. des Aufkommens an Ausgleichsabgabe zugewiesen.

§ 2

Aufkommen an Ausgleichsabgabe im Sinne dieser Satzung ist der von der Hauptfürsorgestelle Köln im Jahr 1985 vereinnahmte Gesamtbetrag der Ausgleichsabgabe unter Berücksichtigung des für 1985 durchzuführenden Finanzausgleichs zwischen den Hauptfürsorgestellen und der Abführung von 40 v. H. des Aufkommens an den Ausgleichsfonds gemäß § 8 Abs. 4 des Schwerbehindertengesetzes in der vor dem 1. August 1986 gültigen Fassung vom 8. Oktober 1979 (BGBl. I S. 1650).

23

Die Aufteilung der Mittel für die örtlichen Fürsorgestellen erfolgt auf der Grundlage der Zahlen der in den jeweiligen Kreisen, kreisfreien und kreisangehörigen Städten am 31. Mai 1986 wohnenden Schwerbehinderten im Arbeitsleben.

§ 4

Die Hauptfürsorgestelle kann einzelnen örtlichen Fürsorgestellen zur Durchführung ihrer Aufgaben über die ihnen gemäß § 1 zugewiesenen Beträge hinaus weitere Mittel

- aus im Vorjahr nicht verwendeter Ausgleichsabgabe der Fürsorgestellen
 - und, soweit erforderlich, darüber hinaus bis zu einem Betrag in Höhe von 20 v.H. des Gesamtbetrages nach § 1
- zur Verfügung stellen.

505

Diese Satzung gilt für das Haushaltsjahr 1987.

**Der Vorsitzende
der Landschaftsversammlung Rheinland**

Dr. Wilhelm

Dr. Bietmann

Nacken

**Schriftführer
der Landschaftsversammlung Rheinland**

Die vorstehende Neufassung der Ausgleichsabgabesatzung wird gemäß § 6 Abs. 2 Landschaftsverbandsordnung in der z. Zt. geltenden Fassung bekanntgemacht.

Nach § 6 Abs. 3 Landschaftsverbandsordnung kann die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Landschaftsverbandsordnung gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- der Direktor des Landschaftsverbandes hat den Beschluß der Landschaftsversammlung beanstandet oder
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Landschaftsverband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Köln, den 7. Januar 1987

**Der Direktor
des Landschaftsverbandes Rheinland**

In Vertretung

Esser

- GV. NW. 1987 S. 43.

Bekanntmachung
des endgültigen Ergebnisses der Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen
des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes zu Düsseldorf

§ 59 Abs 2 der Wahlordnung für die Sozialversicherung in der Fassung der Bekanntmachung
vom 06.02.1985 (BGBl. I S. 233)
zuletzt geändert durch die Siebte Verordnung zur Änderung der Wahlordnung
für die Sozialversicherung vom 10.07.1985 (BGBl. I S. 1439)

Vom 05.01.1987

Am 02.10.1986 fanden beim Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverband die erste Vertreterversammlung der 7. Wahlperiode und die erste Vorstandssitzung der 7. Wahlperiode statt.

Der Wahlausschuß hat aufgrund der Mitteilungen des Vorsitzenden der Vertreterversammlung des Vorsitzenden des Vorstandes das endgültige Wahlergebnis festgestellt und macht es hiermit öffentlich bekannt.

Vertreterversammlung

Lfd.Nr.	Name, Vorname	Geburtsdatum	Wohnort, Wohnung
A - Gruppe der Versicherten - ordentliche Mitglieder -			
1	Rau, Rolf	22.01.1945	5600 Wuppertal 2, Meisenstraße 22
2	Krayer, Hans	27.11.1938	4030 Ratingen 1, Lochnerstraße 18
3	Lemm, Gerhard	12.05.1929	4100 Duisburg 14, Rembrandtstraße 6
4	Hutmacher, Heinz	08.07.1930	4040 Neuss 1, Haselweg 22
5	Brinkmann, Werner	13.08.1943	5330 Königswinter 21, Herrngartenstraße 4
6	Birkenstock, Lothar	10.08.1944	5630 Remscheid 11, Garschagerstraße 40
7	Schumacher, Wilfried	25.04.1941	4194 Bedburg - Hau, Capitelsweg 12
8	Thümmel, Paula	22.10.1931	4154 Tönisvorst 1, Schelthofer Straße 116
9	Traffas, Klaus	19.03.1941	4050 Mönchengladbach 1, Franziskanerstr. 29
10	Baurmann, Albart	11.06.1948	5100 Aachen, Richtenicher Straße 20
11	Kordes, Hermann	05.05.1930	5205 St. Augustin 1, Bussardstraße 31
12	Wiesen, Christian	26.12.1934	5300 Bonn 1, Martin-Legros-Straße 48

Stellvertreter

1	Hatz, Heinrich	12.10.1947	5205 St. Augustin, Brunnenstraße 17
2	Hitzler, Wilhelm	16.02.1939	4100 Duisburg 14, Auf dem Berg 33
3	Rabenschlag, Frank	04.10.1943	5650 Solingen 19, Kantstraße 35
4	Magdalinski, Johannes	15.09.1940	4010 Hilden, Elberfelder Straße 173
5	Fels, Karl	20.11.1931	4050 Mönchengladbach 1, Annakirchstr. 145
6	Köster, Manfred	10.12.1934	5630 Remscheid, Alte Bismarckstraße 17
7	Kriegel, Helmut	05.08.1932	4154 Tönisvorst 1, Willicher Straße 42
8	Lauer, Heinz	28.12.1940	4100 Duisburg 14, Steinacker 37
9	Wichmann, Volkmar	08.08.1936	4050 Mönchengladbach 4, Voigtshofer Allee 1
10	Tümmler, Werner	08.02.1935	5305 Alfth - Oedekoven, Alter Heerweg 3
11	Maaßen, Manfred	19.05.1942	4190 Kleve, Robertstraße 6a
12	Meenens, Karl-Heinz	28.09.1931	4054 Nettetal 1, Eremitenstraße 2a
13	Schmidt, Hans-Günter	21.02.1955	4330 Mülheim, Hofstraße 71
14	Schiffer, Ernst	03.06.1940	5650 Solingen, Löhdorfer Straße 147
15	Jaeger, Werner	10.06.1946	5630 Remscheid 11, Bocksgasse 5
16	Häring, Anton	18.11.1938	4050 Mönchengladbach, Hensenhof 23
17	Schlimm, Andreas	19.07.1957	4030 Ratingen, Weststraße 22
18	Kohl, Michael	27.07.1947	5650 Solingen, Keldersstraße 3
19	Becker, Herbert	27.02.1938	5630 Remscheid 1, Königstraße 115a
20	Daniels, Heinrich	23.01.1930	4178 Kervelaer, Brunnenstraße 43
21	Wiedenhoff, Gerhard	15.11.1932	5630 Remscheid 11, Virchowstraße 13
22	Tentler, Wilhelm	03.09.1937	5632 Wermelskirchen 1, Berliner Straße 107a

B - Gruppe der Arbeitgeber - ordentliche Mitglieder -

1	Dehl, Hans-Heinrich	16.01.1935	5653 Leichlingen 2, Scharweg 5
2	Gusdorf, Marianne	22.06.1922	4150 Krefeld 1, Neuer Weg 48
3	Dr. Linden, Horst	03.08.1933	4048 Grevenbroich 1, Waldweg 21
4	Linnartz, Heinz	13.04.1942	4176 Sonsbeck, Schloßstraße 1
5	Linnenborn, Norbert	06.04.1938	5305 Alfth - Oedekoven, Höhenweg 29
6	Niesert, Edgar	24.01.1929	5060 Bergisch - Gladbach, Eichendorffstr. 2
7	Salomon, Klaus-Dieter	04.08.1931	4048 Grevenbroich 1, Lindenstraße 2 - 16
8	Schmidt, Werner	20.10.1929	4019 Monheim, Braunsberger Straße 39
9	Dr. Sempell, Erwin	26.06.1929	4330 Mülheim, Oesterwindweg 5
10	Steins, Fred	01.07.1926	5100 Aachen, Mariahilfstraße 13
11	Waldinger, Horst	21.10.1925	5600 Wuppertal 1, Am Rohm 45
12	Wiegand, Horst	01.05.1940	5133 Gangelt, Hastenrather Weg

Stellvertreter

1	Rump, Harald	11.09.1940	4150 Krefeld, Lewesweg 13
2	Janneck, Hans-Georg	08.10.1945	5220 Waldbröl, Gerhart-Hauptmann-Str. 2
3	Römer, Heinrich	13.06.1932	5190 Stolberg, Schaffberg 5
4	Reindorf, Franz-Wilhelm	07.09.1929	4050 Mönchengladbach 1, Kentenstraße 26
5	Specht, Paul Hans	06.06.1928	5630 Remscheid, Geibelstraße 8
6	Böhme, Jutta	23.04.1927	5100 Aachen, Louis-Beissel-Straße 15
7	Pauly, Georg	11.03.1928	4223 Voerde 2, Poststraße 119
8	Aufermann, Horst	25.05.1937	5090 Leverkusen 1, Muldestraße 6
9	Bechtel, Karl	26.04.1938	5000 Köln 90, Genter Straße 22
10	Wirtz, Robert	10.04.1943	4020 Mettmann, Diepensiepen 63
11	Benninghoff, Artur	11.02.1934	4220 Dinslaken, Cäcilienweg 1
12	Dr. Puls, Heinz	06.07.1947	5603 Wülfrath, Am Schlagbaum 10

Gewählt wurden als

Vorsitzender der Vertreterversammlung: Dr. Linden, Horst – Gruppe der Arbeitgeber –
 stellv. Vorsitzender der Vertreterversammlung: Krayen, Hans – Gruppe der Versicherten –

Nach § 9 Abs 3 der Satzung wechseln sich der Vorsitzende und sein Stellvertreter jährlich in ihren Ämtern ab.

Vorstand

Lfd.Nr.	Name, Vorname	Geburtsdatum	Wohnort, Wohnung
	a) 1. Stellvertreter		
	b) 2. Stellvertreter		
A – Gruppe der Versicherten			
1	Foltin, Werner	24.03.1937	5600 Wuppertal 2, Hinsbergstr. 64
	a) Dohmen, Hans-Peter	23.06.1954	4048 Grevenbroich 5, Kappellener Str. 31
	b) Schmidbauer, Georg	08.05.1937	4044 Kaarst 1, Hasenweg 15
2	von Scheidt, Eberhard	30.01.1938	5276 Wiehl, Nibelungenstr. 7
	a) Scholz, Klaus	12.11.1939	5275 Bergneustadt 1, Talsperrenstr. 27
	b) Lesemann, Friedhelm	08.12.1927	5270 Gummersbach 1, Zum Kellerhals 6
3	Hoffmann, Armin	07.11.1927	5300 Bonn, Keitenweg 16
	a) Usdowski, Gerd	18.05.1948	5204 Lohmar-Breidt, Johannes-Höfer-Weg 9
	b) Breuer, Horst	28.06.1957	4000 Düsseldorf, Degerstr. 18
B – Gruppe der Arbeitgeber			
1	Dr. Janssen, Friedr.-Wilh.	03.07.1926	5100 Aachen, Siegelalle 21
	a) Dr. Griese, Horst	07.12.1927	4220 Dinslaken, Raiffeisenstr. 5
	b) Heider, Karl	10.05.1927	5060 Bergisch-Gladbach, Mutzer Str. 77
2	Dr. Schulze, Elmar	03.08.1936	5600 Wuppertal 1, Egenstr. 57
	a) Sauerborn, Willy	02.02.1928	5300 Bonn 3, Adelheidsstr. 69
	b) Neuper, Günther	07.12.1928	4000 Düsseldorf, Schwanenmarkt 22/23
3	Dr. Wahl, Johannes	22.07.1931	5340 Bad Honnef, Am Feuerschlößchen 5
	a) Etschenberg, Helmut	20.06.1947	5108 Monschau, Konrad-Adenauer-Str. 7
	b) Römer, Ernst	07.07.1924	5120 Herzogenrath, Albert-Schweitzer-Str. 8

Gewählt wurden als

Vorsitzender des Vorstandes: Foltin, Werner – Gruppe der Versicherten –
 stellv. Vorsitzender des Vorstandes: Dr. Janssen, Fr.-W. – Gruppe der Arbeitgeber –

Nach § 9 Abs 3 der Satzung wechseln sich der Vorsitzende und sein Stellvertreter jährlich in ihren Ämtern ab.

Düsseldorf, den 05.01.1987

Der Wahlausschuß
 des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes

Dr. Kirsch
 Beisitzer

Oschmann
 Vorsitzender

Klophaus
 Beisitzer

Genehmigungsurkunde für die Eisenbahn von Osnabrück nach Rheine der Regionalverkehr Münsterland GmbH

Vom 16. Dezember 1986

Nachdem die Verkehrsbetriebe Kreis Tecklenburg - Tecklenburger Nordbahn - AG mit der Regionalverkehr Münsterland GmbH verschmolzen ist, ihre Rechtsform geändert hat und nunmehr den Firmennamen

Regionalverkehr Münsterland GmbH mit dem Sitz in 4400 Münster

führt, erhält die Genehmigungsurkunde vom 3. September 1964 (GV. NW. S. 294) - unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich ausgestellten Urkundennachträge - die nachstehende Fassung:

Der Regionalverkehr Münsterland GmbH in Münster steht - vorbehaltlich der Rechte Dritter - gemäß § 3 des Landeseisenbahngesetzes vom 5. Februar 1957 (GV. NW. S. 11), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GV. NW. S. 806), das Recht zum Bau und Betrieb einer dem öffentlichen Güterverkehr dienenden, regelspurigen Eisenbahn

bis zum 31. Dezember 2031

zu, und zwar

- von Osnabrück-Eversburg (Bahn-km 0,0) über Wersen, Westerkappeln, Mettingen, Recke, Zumwalde und Hörstel nach Altenrheine, Stadt Rheine (Bahn-km 47,7),
- mit einem 1322 m langen Abzweig in Bahn-km 41,142 zum Hafen am Dortmund-Ems-Kanal in Rheine.

Von Bahn-km 0,0 bis Bahn-km 0,912 verläuft die Eisenbahn auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen; insoweit wird diese Urkunde im Benehmen mit dem Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr ausgestellt.

1. Die Regionalverkehr Münsterland GmbH ist berechtigt und verpflichtet, Güter
 - im Binnenvorkehr sowie
 - im Wechselverkehr mit der Deutschen Bundesbahn über die Übergangsbahnhöfe Osnabrück-Eversburg und Altenrheinezu befördern.
2. Bau und Betrieb der Eisenbahn unterliegen den für die nichtbundeseigenen Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs geltenden Gesetzen, Rechtsverordnungen und sonstigen Vorschriften.
3. Die Regionalverkehr Münsterland GmbH ist verpflichtet,
 - a) unbeschadet der Bestimmungen der §§ 13, 22 Landeseisenbahngesetz Erweiterungen und Änderungen der Eisenbahnanlagen und des Eisenbahnbetriebes der Aufsichtsbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle unter Vorlage der Pläne einen Monat vor Beginn der Bauarbeiten bzw. der Durchführung anzuzeigen,
 - b) für den Betriebsleiter der Eisenbahn und seinen Stellvertreter Geschäftsweisungen aufzustellen, in denen die ihnen zugewiesenen Aufgaben im einzelnen zu bestimmen sind,

- c) die für den Betriebsdienst erforderlichen zusätzlichen Betriebsvorschriften und Dienstweisungen zu erlassen,
- d) die unter b) und c) genannten Anweisungen und Vorschriften der Aufsichtsbehörde bekanntzugeben,
- e) der Aufsichtsbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle Unfälle und sonstige außergewöhnliche Ereignisse im Betrieb der Eisenbahn nach Maßgabe der hierzu ergangenen Vorschriften anzuzeigen,
- f) der Aufsichtsbehörde die geprüfte Jahresrechnung und den jährlichen Geschäftsbericht mit gesonderter Darstellung der Ergebnisse des Eisenbahnbetriebes vorzulegen und
- g) der Aufsichtsbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle auf Anforderung Nachweise über die Betriebs- und Beförderungsleistungen einzureichen.

4. Die ordnungsgemäße Erfüllung der gesetzlichen Pflichten, die Einhaltung der Bedingungen der Verleihung des Eisenbahnunternehmensrechts sowie der sonstigen für den Bau und Betrieb der Eisenbahn geltenden Vorschriften überwachen als Aufsichtsbehörde (§ 28 Landeseisenbahngesetz) der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und die von diesem bestimmten Stellen.

Düsseldorf, den 16. Dezember 1986

Der Minister
für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
Hilker

- GV. NW. 1987 S. 46.

Hinweis für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Betrifft: Einbanddecken zum Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen - Jahrgang 1986

Der Verlag bereitet für den Jahrgang 1986 Einbanddecken für einen Band vor zum Preis von 14,80 DM zuzüglich Versandkosten von 6,- DM = 20,80 DM.

In diesem Betrag sind 14% Mehrwertsteuer enthalten. Bei Bestellung mehrerer Exemplare vermindern sich die Versandkosten entsprechend. Von der Voreinsendung des Betrages bitten wir abzusehen.

Bestellungen werden bis zum 1. 3. 1987 an den Verlag erbeten.

- GV. NW. 1987 S. 46.

Einzelpreis dieser Nummer 1,85 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6886/238 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 47,50 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 95,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6886/241, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postcheckkonto Köln 8518-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0177-5359